

Kein Geld für Massnahmen

VERKEHR / *Der Nunninger Gemeinderat ist grundsätzlich für Verkehrsberuhigung – doch es fehlt derzeit an Geld.*

NUNNINGEN. Gemeindepräsident Kuno Gasser wollte gleich zu Sitzungsbeginn über den Haushaltsstand 2001 im Vergleich mit dem Budget per Ende August orientiert werden. Finanzverwalter Hansjörg Hänggi resümierte die Ausgabenentwicklung der Gemeinde. Er wies darauf hin, dass bei unzähligen Einzelposten kleinere Budgetüberschreitungen bis Ende Jahr zu erwarten seien. Hier liege der erste Gefahrenpunkt. Nur in Einzelfällen müsse die Gemeinde mit krassen Mehrausgaben rechnen.

Sozialhilfebeitrag an Kanton massiv gestiegen

Gerade bei den hohen Aufwandsposten sei die Gemeinde hilflos, ja sogar verpflichtet, Geld auszugeben. Gleichzeitig sei der unberechenbare Lastenausgleich für die gesetzliche Sozialhilfe an den Kanton massiv gestiegen.

Eine Prognose über die tatsächlichen Steuereinnahmen wollte der Finanzverwalter nicht wagen. Die Korrekturanträge seien noch nicht abgeschlossen und die Einkommenshöhe der Steuerzahler in vielen Fällen ungewiss.

Hansjörg Hänggi empfahl dem Gemeinderat, in der laufenden Rechnung auf die Sparbremse zu treten. Die Räte schlossen sich dieser Meinung an. Sogar ein Ausgabenstopp stand im Raum.

Es gehe nicht darum Rekordergeb-

nisse herbeizuführen. Der Aufwandüberschuss dürfe sich aber nicht ins Uferlose steigern, so der Gemeindepräsident zum kurzfristigen Ziel.

Die aktuelle Finanzlage wirkte sich auf die Beratungen über verkehrsberuhigende Massnahmen aus. Eine Bürgergruppe hatte ein Schreiben eingereicht. Darin werden für die Quartiere Kalm, Schürenmatt und Gass beruhigende Verkehrsmassnahmen gefordert, erklärte Kuno Gasser die Ausgangslage.

Gemeinderat Dieter Stebler erörterte die verschiedenen Ausführungsvarianten tempobremsender Versätzen im Kreuzungsbereich und die Mehrkosten bei Strassenarbeiten. Er unterstütze das Anliegen, sagte Stebler und begründete seine Haltung damit, dass nachträgliche Strassenbauarbeiten meist ein Vielfaches teurer seien.

Befürchtungen äusserte Gemeinderätin Lisa Häner: «Eine Zusage könnte Präjudiz-Wirkung haben und ein Ansturm gleicher Begehren aus anderen Quartieren auslösen.» Gemeinderätin Marie Hänggi erinnerte an die vorgängig besprochene Ausgabebremse.

Der Gemeinderat sprach sich in einem Grundsatzentscheid für Verkehrsberuhigungen aus. Qualität und Preis der einzelnen Ausführungen sowie technische Einzelheiten müssen mit den Unternehmern im Einzelfall erneut verhandelt werden. (fha)